



# BERND RÜTZEL

sozial - kompetent - nah

## NEWSLETTER JUNI 2026

### BERND RÜTZEL

Mitglied des  
Deutschen Bundestages

Wahlkreis: Main-Spessart/Miltenberg

Betreuungswahlkreise:

Aschaffenburg und Würzburg

### WAHLKREISBÜRO GEMÜNDEN

Obertorstraße 13

97737 Gemünden

Tel. 09351 6036563

Fax 09351 6058298

bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

### BÜRO BERLIN

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 227 73434

Fax 030 227 76433

bernd.ruetzel@bundestag.de

### MIT NUR EINEM KLICK:



## LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

man ist in den letzten Tagen einfach nicht am Katholikentag vorbeigekommen. Die fünf Tage waren wirklich ein Großereignis in Würzburg und der ganzen Region.

Am Mainufer und im Ringpark, auf den Bühnen an der Residenz und in der ganzen Stadt, in der Posthalle, der Uni, der Musikhochschule und an vielen anderen Orten kam man zusammen um zu diskutieren, zu singen und zu beten, einander zuhören oder auch zu kochen.

Die Würzburgerinnen und Würzburger haben ihre Türen geöffnet und gaben Herberge für viele Besucherinnen und Besucher. Viele Tausend freiwillige Helfer, Sanitätsdienste, Polizei, Feuerwehr, Verwaltung und viele andere haben mitgeholfen, dass man sich in der Stadt wohlfühlt.

Für mich war es der erste Katholikentag, den ich besuchte. Und ich bin begeistert. Alle Menschen führten nur Gutes im Schilde. Frieden, Versöhnung und Demokratie standen ganz oben, bei aller Unterschiedlichkeit. „Hab Mut, steh auf“, ist wirklich ein gutes Motto, das über den Katholikentag hinausreichen kann.

Gute Lektüre.

Ihr/ Dein

*Bernd Rützel*



2



KLARTEXT: Wir sind fleißig genug

10



Termine vor Ort

# KLARTEXT

## WIR SIND FLEIßIG GENUG



Wir in Deutschland können stolz auf unsere Arbeit sein. Jeden Tag packen Millionen Menschen an, Jung und Alt halten unser Land am Laufen.

Trotzdem kocht die Debatte um eine Erhöhung des Renteneintrittsalters nun wieder hoch. Unser Thema sollte sein, wie wir dauerhaft Renten sichern, die den Lebensstandard sichern, für jetzige Rentnerinnen und Rentner genauso wie für die Versicherten, die jetzt einzahlen und die ganz Jungen, die vielleicht noch vor dem Berufseinstieg stehen. Stattdessen fordern manche nun wieder einmal, dass wir noch länger arbeiten und erst mit 68 Jahren oder später in den Ruhestand gehen sollen. Unsere Lebensleistung verdient Respekt, Anerkennung und vor allem eine verlässliche Planungssicherheit für die Zukunft.

Neue Daten zeigen jetzt schwarz auf weiß, dass die Menschen in Deutschland schon heute einen riesigen Beitrag leisten. Wir arbeiten im westeuropäischen Vergleich bereits am drittlängsten. Das ist genug, um

sich danach einen wohlverdienten, langen und gesunden Ruhestand zu sichern. Eine weitere Erhöhung des Rentenalters ist der völlig falsche Weg. Das Ziel kann und darf es nicht sein, dass Menschen so lange arbeiten, bis sie krank sind und die Altersrente letztlich zur Erwerbsminderungsrente wird.

Und wenn es heißt, dass wir das Renteneintrittsalter an die Lebenserwartung anpassen müssen, möchte ich an daran erinnern, dass die Altersgrenze mit der Anhebung auf 67 stärker erhöht wurde, als die Lebenserwartung im gleichen Zeitraum angestiegen ist. Bis die Lebenserwartung um die zwei Jahre zugenommen hat, um die die Altersgrenze angehoben wurde, dauert es bei Männern laut statistischen Berechnungen im besten Fall noch bis 2035 und im schlechtesten bis 2056. Bei Frauen soll es sogar erst zwischen 2039 und 2069 so weit sein.

Wer sein Leben lang fleißig war, hat ein Recht darauf, die Früchte seiner Arbeit auch lange und gesund zu genießen. Dafür setze ich mich in Berlin mit aller Kraft ein.

## RENTEN-FAKTEN Teil V

Von Beginn an gab die Rentenversicherung auch Geld für die Reha aus – wenn diese Ausgaben auch gering ausfielen, wie das Beispiel der Landesversicherungsanstalt (LVA) Rheinprovinz aus Düsseldorf zeigt: Gerade einmal 10 Mark hatte man dort

im Jahr 1891 für Heilverfahren erübrigt. Doch bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges legten die Düsseldorfer kräftig zu: Ende 1913 wurde schon 29,5 Millionen Mark für die Reha aufgebracht. Damit lagen sie an der Spitze der deutschen Versicherungsanstalten.



Bernd Rützel

## „Hab Mut, steh auf!“

### KATHOLIKENTAG IN WÜRZBURG

Das Motto des diesjährigen Katholikentages, der nach 1907 heuer zum zweiten Mal in Würzburg stattfand, ist in den heutigen Zeiten Programm. Es spricht sowohl die Kirche an, die sich gemäß des Leitwortes wieder stärker als Gemeinschaft der Ermutigung verstanden wissen und sich den Herausforderungen der heutigen Gesellschaft stellen soll. Gleichzeitig ist auch die gesellschaftliche Verantwortung eines jeden Einzelnen angesprochen gegen Hass und Hetze einzutreten und die Menschenwürde zu verteidigen.

Als Christ und engagierter Bürger sage ich: Das ist richtig und wichtig. Die große Beteiligung am Katholikentag zeigt, dass viele Menschen das genauso sehen und ein gutes Miteinander wichtiger denn je ist.



Bernd Rützel



Bernd Rützel

Für mich bedeutete es auch über die 5 Tage, an denen das Großevent in Würzburg stattfand, bei zahlreichen Veranstaltungen dabei zu sein oder gar aktiv mitzuwirken.

Gleich ob bei der Eröffnung mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (Bild links oben), beim SPD-Abendempfang (Bild unten links mit meinen Kollegen Hubertus Heil und Kerstin Griese), beim Abend der regionalen Politik der Caritas (Bild rechts oben), beim „Realtalk am Kochtopf“ des CVJM (Bild rechts unten) oder bei den zahlreichen Ständen und Veranstaltungen, die ich nicht im Bild festgehalten habe: Die Stimmung und Atmosphäre war grandios, durchgehend friedlich und geprägt von Zusammenhalt, guter Laune und vielen schönen Begegnungen.

Das macht Mut.



Bernd Rützel



## E-AUTO

### FÖRDERUNG GESTARTET

Seit dem 19. Mai können die Anträge für die neue E-Auto-Förderung auf der Homepage der Förderzentrale gestellt werden.

Damit korrigieren wir den Schaden, den Habeck und Lindner mit der übereilten Beendigung der Umweltprämie vor zwei Jahren verursacht haben und wir schaffen einen weiteren wichtigen Meilenstein für den Hochlauf der Elektromobilität in unserem Land. Mit den verfügbaren Mitteln in Höhe von drei Milliarden Euro kann in den nächsten drei bis vier Jahren die Anschaffung von geschätzt 800.000 Fahrzeugen unterstützt werden. Die Förderhöhe ist sozial gestaffelt bei einer Basisförderung von 3.000 Euro und bis zu 6.000 Euro (oder 1.500 bis 4.500 für Hybrid-Autos) für Haushalte mit geringem Einkommen und mindestens zwei Kindern und gilt auch für Leasing.

Zugleich bringt uns das Programm einen weiteren Schritt voran in Richtung Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern und ist ein Anschub für unsere Automobilwirtschaft. Die Förderung gilt rückwirkend zum 1.1.2026. Entscheidend ist das Datum der Neuzulassung. [Hier gibt's alle Infos.](#)



## KINDERGELD

### BALD OHNE ANTRAG

Das parlamentarische Verfahren ist gestartet: Künftig soll das Kindergeld nach der Geburt eines Kindes automatisch ausgezahlt werden – ohne zusätzlichen Antrag. Damit entlasten wir Familien und bauen Bürokratie ab.

Für die automatische Auszahlung genügt künftig, dass mindestens ein Elternteil mit dem Kind in Deutschland wohnt und hier arbeitet sowie die IBAN eines Elternteils vorliegt. Liegt die Kontoverbindung vor und hat die Familienkasse keine Zweifel am Kindergeldanspruch, kann die Auszahlung starten. Das Gesetz soll 2027 in Kraft treten. In einer ersten Stufe startet im Frühjahr 2027 die automatische Auszahlung für Neugeborene in Familien, die bereits Kindergeld für ein älteres Kind erhalten und ein weiteres Kind bekommen. Im zweiten Schritt, gegen Ende 2027, wird die automatische Auszahlung auf alle Neugeborenen ausgeweitet – also auch auf Erstgeborene.



## BERLIN

### GERECHTE STEUERPOLITIK



SPD-Landesgruppe Bayern

Mehr Gerechtigkeit wagen. Daran denken viele, wenn es um Steuern und Steuerpolitik geht. Denn Vermögen ist in Deutschland weiterhin extrem ungleich verteilt. Das Steuersystem korrigiert das nur unzureichend. Große Erbschaften etwa werden steuerlich privilegiert.

Darüber und über viele weitere Aspekte der Steuerpolitik haben wir uns in der Landesgruppe der BayernSPD im Bundestag mit Julia Jirmann vom Netzwerk Steuergerechtigkeit ausgetauscht. Anfang dieses Jahres hat die SPD ein Konzept zur Reform der Erbschaftsteuer vorgelegt. Es ist Zeit, dass sich hier etwas tut.

Mehr Infos beim Klick auf's Bild.

*Große Erbschaft. Große Verantwortung.*

**ERBEN IST KEINE LEISTUNG.  
FÜREINANDER VERANTWORTUNG  
ÜBERNEHMEN SCHON.**

**#FAIRERBEN**

### FAIRE LIEFERKETTEN

Kinderarbeit, Ausbeutung oder Umweltzerstörung: leider allzu oft die Basis unserer Produkte. Im Austausch mit Vertreterinnen der Zivilgesellschaft - von der Initiative Lieferkettengesetz bis zu Brot für die Welt - wurde mir das wieder einmal besonders deutlich.

Eindringlich berichtete mir Brown Matloko von der Umweltzerstörung in einer südafrikanischen Mine. Dort wird Platin abgebaut. Über 10.000 Menschen arbeiten in dieser Mine. Sie und ihre Familien, die direkt bei der Mine leben, sind wegen fehlender Schutzmaßnahmen massiven Gesundheitsgefahren ausgesetzt.

Mancher fragt da. „Was geht uns das an?“

Ganz einfach: Kunde der Mine ist ein großes deutsches Unternehmen. Das Platin wird bei uns in Abgaskatalysatoren verbaut.

Schilderungen wie die von Herrn Matloko rufen uns immer wieder die konkreten Auswirkungen unseres globalen Wirtschaftens in Erinnerung. Deswegen kämpfe ich für die SPD weiter für ein starkes Lieferkettengesetz und für eine gerechte Globalisierung, in der Menschenrechte über maximalen Profiten stehen.



Büro Rützel

## TREFF DER AUSSCHUSSVORSITZENDEN

Zum internen Austausch der Ausschussvorsitzenden im Deutschen Bundestag hatte unlängst Bundestagspräsidentin Julia Klöckner in ihr Amtshaus eingeladen.

Als Amtierender Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit und Soziales war es mir eine große Ehre hier dabei zu sein.

In den 24 Fachausschüssen des 21. Deutschen Bundestages erfolgt ein zentraler Teil der parlamentarischen Arbeit, insbesondere die Vorbereitung und Ausarbeitung von Gesetzen.



Deutscher Bundestag/Xander Heini

## BESUCH VON STUDIERENDEN DER BA



Büro Rützel

Studierende der Hochschule der Bundesagentur für Arbeit in Mannheim waren bei uns im Ausschuss Arbeit und Soziales, um über ihre praktischen Erfahrungen in der Arbeitsvermittlung, im Leistungsrecht und KI in der Arbeitswelt zu berichten. Ein interessanter und wertvoller Austausch.

Gemeinsam mit der Hochschule in Schwerin werden pro Jahr rund 500 Studienplätze in den Bachelor-Studiengängen Arbeitsmarktmanagement (B.A.) und Beratung für Bildung, Beruf und Beschäftigung (B.A.) angeboten.

## ZAHLE DES MONATS

**18 000 000 000**

Bei rund 18 Milliarden Euro liegt derzeit der Börsenwert des Energiekonzerns Uniper, der seit Ende 2022 praktisch komplett in staatlicher Hand ist. Uniper geriet nach dem russischen Angriff auf die Ukraine und dem Stopp russischer Gaslieferungen in existenzielle Schwierigkeiten. Zeitweise stand die Gasversorgung von rund 1000 Stadtwerken

und Industrieunternehmen auf dem Spiel. Der Bund griff ein, übernahm mehr als 99 Prozent des Konzerns und rettete ihn mit einer Kapitalspritze von 13,5 Milliarden Euro vor der Pleite. Nun hat der Bund den Verkauf eines Großteils seiner Anteile eingeleitet, plant aber dauerhaft 25 Prozent plus eine Aktie zu behalten, um bei strategischen Entscheidungen weiter ein Vetorecht zu haben - etwa bei Verkäufen oder Standortschließungen. Heute verdient Uniper wieder Geld: 2025 wurde ein Nettogewinn von 1,43 Milliarden Euro erzielt.

## ATLANTIKBRÜCKE KANADA



Bernd Rützel

Als Vorsitzender der Deutsch-Kanadischen Parlamentariergruppe ist mir der Austausch mit unseren kanadischen Freunden sehr wichtig, wie bei der Jahreskonferenz der Atlantik-Brücke in Berlin mit (im Bild v.l.n.r.) Botschafterin Vera Alexander, Gesandte und stellvertretende Leiterin der Botschaft Kanadas in Deutschland Evelyne Coulombe sowie deren Vorgängerin Isabelle Poupart.

## CARITAS-MITARBEITENDE



Büro Rützel

Austausch beim Parlamentarischen Abend der Mitarbeiterseite der Caritas. Sie vertritt die tariflichen und arbeitsrechtlichen Interessen der 740.000 Mitarbeitenden und 49.000 Auszubildenden in 25.000 zur Caritas gehörenden Einrichtungen und Diensten.

## RENTE



Büro Rützel

Die gesetzliche Rente enkelfit machen - lautet eines der Ziele des SoVD (Sozialverband Deutschland). Und dafür setze auch ich mich mit der SPD ein. Gemeinsam sind wir überzeugt: Die gesetzliche Rente ist der beste Weg für die sichere und verlässliche Vorsorge für das Alter. Im Bild mit der SoVD-Vorsitzenden Michaela Engelmeier (Mitte) und meinen Kolleginnen Heike Heubach und Kerstin Griese.

## DIAKONIE BAYERN



Büro Rützel

Die Diakonie Bayern ist der zweitgrößte Wohlfahrtsverband in Bayern. Vertreten wird er von Präsidentin und Vorstandsvorsitzender, Dr. Sabine Weingärtner (Bildmitte). Gemeinsam mit der BayernSPD-Landesgruppe um ihre Vorsitzende Dr. Carolin Wagner haben wir uns zu aktuellen Themen besprochen.



Jasmin777 @ pixabay

## ORGANSPENDE

### FÜR WIDERSPRUCHSREGELUNG

Eine Organtransplantation ist häufig die einzige Möglichkeit, schwer kranken Menschen das Leben zu retten. Angesichts der langen Wartezeiten und der im internationalen Vergleich anhaltend niedrigen Organspenderaten, hat eine fraktionsübergreifende Gruppe von Abgeordneten einen Gesetzentwurf zur Einführung einer Widerspruchsregelung in der Organspende verfasst. Ich unterstütze diesen Gruppenantrag ausdrücklich und haben ihn mitunterzeichnet.

Im Jahr 2025 verzeichnete die Deutsche Stiftung Organtransplantation 985 Spenderinnen und Spender bei 8.199 Patientinnen und Patienten auf der Warte-

liste. Nach den vielfältigen Maßnahmen in den letzten Jahren, die keine Verbesserungen erbracht haben, ist es an der Zeit, in Deutschland eine Widerspruchsregelung einzuführen, wie sie die meisten anderen europäischen Länder längst haben. Insbesondere haben alle Länder mit hohen Spenderaten eine Widerspruchsregelung.

Schon heute stehen rund 85% der Menschen in Deutschland einer Organ- und Gewebespende eher positiv gegenüber. Allerdings haben nur 45% der Befragten ihre Entscheidung auch dokumentiert und in nur 15% der Fälle wird diese Dokumentation auch aufgefunden. Im Fall des Nichtauffindens müssen Angehörige nach dem "mutmaßlichen Willen" der verstorbenen Person entscheiden. Wenn sie keine Hinweise auf den Willen der/des Verstorbenen haben, lehnen die Angehörigen in rund 77% eine Organspende ab.

Die Widerspruchsregelung entlastet die Angehörigen in dieser schwierigen Situation. Sie werden weiterhin eng einbezogen, eine eigenständige Entscheidung wird ihnen aber nicht mehr abverlangt. Ich halte das für eine gute Lösung.

## ZITAT DES MONATS

**„Dass die Demokratie des Freistaats Bayern die jahrzehntelange Dominanz einer Partei insgesamt gut überstanden hat, ist ein Verdienst der Verfassung – und damit auch ihres Verfassungsvaters Wilhelm Hoegner.“**

**Prof. Dr. Ursula Münch**

Direktorin der Akademie für Politische Bildung in Tutzing /  
Preisträgerin Wilhelm-Hoegner-Preis 2026



Julia Nowak, Deutscher Bundestag

# ARBEIT & SOZIALES

## KIRCHLICHES ARBEITSRECHT

Das kirchliche Arbeitsrecht gilt für Beschäftigte bei Kirchen sowie Verbänden wie Caritas und Diakonie. Es räumt den Kirchen verfassungsrechtlich geschützte Sonderrechte ein. Das kommt historisch daher, dass der Staat sich stärker aus den inneren Angelegenheiten der Kirchen heraushalten muss. Das ist im Grundgesetz so verankert. Deshalb haben die Kirchen das Recht, die Arbeitsbedingungen bei ihnen stärker nach ihrem eigenen Selbstverständnis zu gestalten. Gleichzeitig muss der Staat auch die Rechte von Beschäftigten bei den Kirchen schützen. Der Gesetzgeber muss dazu prüfen, wo dieses Sonderrecht berechtigt ist und wo sie Beschäftigte unverhältnismäßig benachteiligt. Das führt immer wieder zu gesellschaftlichen und rechtlichen Diskussionen bis hin zu Gerichtsurteilen auf europäischer Ebene, ob beispielsweise ein Kündigungsgrund wegen Kirchenaustritts oder ein Streikverbot in der heutigen Zeit noch zeitgemäß sind.

Aktuell verhandeln wir im Bundestag eine Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes. Künftig soll eine fehlende Religionszugehörigkeit nur noch dann ein Grund für Nicht-Einstellung oder Kün-

digung sein, wenn ein konkreter Bezug zur Tätigkeit besteht. So dürfte etwa eine Reinigungskraft in einem kirchlichen Kindergarten nicht mehr wegen eines Kirchenaustritts entlassen werden.

Damit stellen wir rechtlich klar, was der Europäische Gerichtshof bereits angemahnt hat. Das trägt zur Rechtsklarheit bei und entschärft auch aktuelle Diskussionen zum kirchlichen Arbeitsrecht im Sinne einer Befriedung bei diesem Streitthema.

### Meine Berichterstattungen in A&S:

- Mindestlohn
- Rente
- Kooperation der Sozialversicherungsträger
- Soziale Selbstverwaltung
- SGB IV (gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung)
- Sozialwahlen
- Europäischer Sozialversicherungsausweis
- Entsendung, Entsenderichtlinie und Arbeitnehmerentsendegesetz
- Europäische Sozialversicherungsabkommen
- EU-Lieferkettengesetz
- Bundestariftreuegesetz, Allgemeinverbindlichkeit und Tariftreue
- Sozialkassenverfahren
- Kirchliches Arbeitsrecht
- Körperlich belastende Berufe
- Kurier-, Express- und Paketdienstbranche

## VOR ORT

### MAI-KUNDGEBUNG IN LOHR



SPD Main-Spessart

Am 1. Mai heißt es für mich als Sozialdemokrat und Gewerkschafter: Raus auf die Straße zur Kundgebung - für faire Löhne, gute Arbeit, stabile Rente und einen starken Sozialstaat. Bei der Kundgebung in Lohr sprach Michael Eckel von der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) in Würzburg als Gastredner. Klasse, dass so viele Genossen dabei waren.

### MAIMARKT GEMÜNDEN



SPD Gemünden

Unser Crepes-Stand der SPD Gemünden am Maimarkt hat Tradition. Seit über 20 Jahren ist der SPD Ortsverein dabei. Auch diesmal galt es nicht nur jede Menge Crepes zu backen und verkaufen, sondern die Anliegen der Bürger aufzunehmen.

### FLORIANSTAG IN GEMÜNDEN



SPD Gemünden

Unserer Freiwilligen Feuerwehr Gemünden zur Ehr' besuchte ich mit meinen SPD-Stadtratskolleginnen Monika Poracky und Gisela Fischer im Vorfeld zum Florianstag (4.5.) den Gottesdienst. Bei der anschließenden Feier galt ein besonderes Moment den Ehrungen für langjährige Mitgliedschaften. Danke allen Feuerwehrleuten für ihr unermüdliches Engagement im Ehrenamt!

### SPD AG60 PLUS UNTERFRANKEN



Bernd Rützel

Bei den SPD-Senioren Unterfranken (AG60 Plus) standen bei der Bezirkskonferenz in Rimpar Neuwahlen der Vorstandschaft an. Herzlichen Glückwunsch allen Gewählten und auf weiter gute Zusammenarbeit!

## START IN DIE NEUE WAHLPERIODE



Anfang Mai haben sich in ganz Bayern die neuen Kreis-, Stadt- und Gemeinderäte konstituiert und ihre Arbeit aufgenommen - so auch in der Stadt Gemünden und im Landkreis Main-Spessart.

Ich freue mich in den kommenden sechs Jahren in beiden Gremien wieder mitarbeiten zu dürfen. Ein herzliches Willkommen geht an unsere neuen Gesichter in der Kreistagsfraktion - Ruth Emrich und Marc Nötscher - sowie in der Stadtratsfraktion - Gisela Fischer. Gutes Gelingen und viel Erfolg uns allen!



## KALENDERBLATT



### 23.5. - EIN BEDEUTSAMES DATUM

Der **23. Mai** ist ein historisch bedeutsames Datum für die Sozialdemokratie - und das in dreifacher Hinsicht:

1. **1863** wird an diesem Datum der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADAV) als Vorläufer der SPD gegründet, u.a. von und mit Ferdinand Lassalle, der erster Präsident des Vereins wird. Der 23. Mai gilt deshalb als Gründungsdatum der Sozialdemokratie.
2. **1875** vereinigen sich am 23. Mai in Gotha der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADAV) und die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) in der Gothaer Gaststätte Tivoli zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) - der unmittelbaren Vorläuferpartei der heutigen SPD. Demokratie, Freiheit, Rechte und Teilhabe waren die inhaltlichen Kernforderungen im Gothaer Programm.
3. **1949** wurde an diesem Tag das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verkündet. Bis heute ist es das Fundament unserer Demokratie und politischen Ordnung mitsamt den in Artikel 1 bis 19 festgelegten Grundrechten, die unantastbare Rechte der Bürger gegenüber dem Staat garantieren.

Am 23. Mai feiern wir also den Einsatz für unsere Demokratie - und die ist eben keine Selbstverständlichkeit, sondern eine Aufgabe, die unser permanentes Engagement benötigt. Lasst uns das gemeinsam anpacken.

# TOP ▲ ▼ FLOP DES MONATS

## TOP: AUSSETZUNG DER DIÄTENERHÖHUNG

Eigentlich würden die Diäten von uns Bundestagsabgeordneten zum 1. Juli gemäß der allgemeinen Lohnentwicklung steigen. Das geschieht automatisch und ist gesetzlich festgehalten. Aber in der SPD-Fraktion haben wir uns frühzeitig darauf verständigt, die Anpassung in diesem Jahr auszusetzen. Die angespannte Haushaltssituation und die allgemeine Wirtschaftslage und Herausforderungen mit dem Irankrieg sind gute Gründe das so zu tun. Mittlerweile signalisieren auch CDU/CSU ihre Zustimmung.

## FLOP: DIE SCHULDENBREMSE

„Die Schuldenbremse hat die deutsche Wirtschaft lange Zeit eingeschränkt“, sagte der Nobelpreisträger Joseph Stiglitz bei einer Diskussion mit Bundesratspräsident Andreas Bovenschulte. Eine wesentliche Erkenntnis der Wirtschaftswissenschaften der letzten 80 Jahre lautet: Wenn man nicht – zum Beispiel durch staatliche Ausgaben – für genügend gesamtwirtschaftliche Nachfrage sorgt, dann wird die Wirtschaft nicht wachsen. Außerdem sei die Nachfrage schwach, wenn es wie in Deutschland zu viel soziale Ungleichheit in der Gesellschaft gebe.

Büro Rützel



## BUNDESWEHR

### MUSTERUNGSZENTRUM IN WÜRZBURG

Freiheit braucht Sicherheit. Das ist die bittere Erfahrung aus den vergangenen Jahren. Deshalb haben wir im vergangenen Jahr im Bundestag die Wehrdienstreform beschlossen. Gut vier Monate nach deren Inkrafttreten hat das Bundesverteidigungsministerium nun die Standorte für die 24 Musterungszentren festgelegt. Eines von acht Neuen kommt nach Würzburg - 16 weitere werden an bereits bestehenden Standorten der Bundeswehr eingerichtet. Damit wird die Bundeswehr ihre Präsenz in der Fläche weiter erhöhen und als Teil der Gesellschaft sichtbarer.

Ich begrüße diese Entscheidung. Das sieht auch mein Würzburger Landtagskollege Volkmar Halbleib so: „Wir wollen und müssen mehr junge Menschen für die Bundeswehr gewinnen. Würzburg bietet sich sowohl mit Blick auf seine Geschichte als auch auf die heutige Struktur der Stadt und unserer Region als Standort an. Ich befürworte und unterstütze diese Entscheidung.“

Die Entscheidung für Würzburg fiel aufgrund aktueller demografischer Daten und weiterer Faktoren mit dem Ziel, eine flächendeckende, effiziente und schnelle Musterung zu gewährleisten.

## GASTBEITRAG



Büro Martina Fehlner

### VON MDL MARTINA FEHLNER

Landtagsabgeordnete  
für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost,  
Main-Spessart und Miltenberg

### Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Frei berichten, ohne Repressalien fürchten zu müssen. Missstände anprangern und Regierungschefs öffentlich kritisieren, ohne das eigene Leben aufs Spiel zu setzen: Das ist global gesehen längst keine Selbstverständlichkeit. Der Internationale Tag der Pressefreiheit macht jährlich auf Neue auf die schwierigen Arbeitsbedingungen von Journalistinnen und Journalisten weltweit aufmerksam – und unterstreicht zugleich die Bedeutung unabhängiger Medien für die Demokratie. Denn Fernsehen, Zeitungen, Radio und digitale Medien machen Regierungshandeln transparent. Sie hinterfragen Entscheidungen und prangern Versäumnisse an. Damit erfüllen sie eine unverzichtbare Kontrollfunktion im demokratischen System. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier würdigte bei einem Gespräch mit Medienvertretern erst jetzt auch die besondere Bedeutung des Lokaljournalismus als eine der Säulen der Demokratie. Derweil zeigen aktuelle Zahlen von Reporter ohne Grenzen, wie kritisch es um die Pressefreiheit weltweit steht: Allein in diesem Jahr wurden bereits 13 Journalistinnen und Journalisten getötet, 26 entführt, 492 befinden sich in Haft und 140 gelten als vermisst. Mehr als die Hälfte aller Länder fallen in puncto Pres-

sefreiheit inzwischen unter die Kategorien „schwierig“ oder „sehr ernst“. Auch Europa gibt inzwischen nur noch ein mittelmäßiges Bild ab. In den Balkanländern, Italien und Griechenland ist die Lage kritisch. In Polen und Ungarn gingen bedenkliche autoritäre Entwicklungen lange Zeit mit massiven Einschränkungen der Pressefreiheit einher. Dass der neu gewählte ungarische Ministerpräsident Péter Magyar umgehend ein neues Mediengesetz angekündigt hat, macht allerdings Hoffnung – und ist ein wichtiges Zeichen für ganz Europa.

Aber auch hierzulande müssen wir unsere Hausaufgaben machen. Dass die Bundesrepublik im aktuellen Ranking der Pressefreiheit um drei Plätze auf Rang 14 abgerutscht ist, sollten wir nicht leichtfertig hinnehmen. Und dass die Bayerische Staatsregierung nun im Rahmen der Reform des Bayerischen Rundfunkgesetzes in die Programmgestaltung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks eingreifen will, ist nicht akzeptabel. So soll dem linearen Fernsehen künftig vorgeschrieben werden, mindestens 60 Prozent der Sendezeit mit Informationsinhalten zu füllen. Dies ist ein schädlicher Eingriff in die Programmhöhe des Bayerischen Rundfunks. Der vorliegende Gesetzentwurf muss in jedem Fall noch verändert werden.

Für eine lebendige Vielfalt in der bayerischen Medienlandschaft und unabhängigen Journalismus setze ich mich auch in meiner Funktion als medienpolitischer Sprecherin meiner Fraktion nachdrücklich ein.

Herzlichst, Ihre Martina Fehlner

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdL  
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg  
Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604  
buergerbuerou@martina-fehlner.de